



„Jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren. Die Ziele sind klar. Die Technologie sind da. Der politische Gestaltungswille ist die letzte Unbekannte in der Gleichung zur Energiewende.“

Christoph Wagner  
Präsident Erneuerbare Energie Österreichs



„Österreichs Energieversorgung soll leistbar, sicher und gut fürs Klima sein – dieses Ziel habe ich auch in meinem Österreichfest festgelegt. Die Energiewende muss für Menschen und Unternehmen machbar und finanziell verträglich sein.“

Karl Nehammer  
Die Volkspartei



„Die SPÖ will die Versorgung mit sauberer, leistbarer und sicherer Energie garantieren. Aus der Energiepreiskrise der letzten Jahre haben wir gelernt, dass es dafür entschlossenes Handeln braucht.“

Andreas Babler  
Sozialdemokratische Partei Österreichs



„Ausgewogen, verhältnismäßig, versorgungssicher, wirtschaftlich und leistbar: eine Energieversorgung mit Hausverstand, die auch die Bevölkerung mitträgt – und das ohne Zwang. Dafür steht die FPÖ.“

Herbert Kickl  
Freiheitliche Partei Österreichs



„Unser Ziel ist die Energiewende. Raus aus den Fossilien, rein in die Erneuerbaren. Wir wollen Energie erzeugen, die sich erneuert, statt Putins Blutgas, das sich ständig verteuert. Und wir setzen: Das geht. Wir sind nicht nur im Plan, sondern sogar voraus.“

Werner Kogler  
Die Grünen



„Um die EU-Vorgaben und nationalen Ziele zu erreichen, brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Und trotz Grüner Regierungsbeteiligung fehlen. Es gilt strukturelle Hindernisse, wie z.B. mangelnder Netzausbau, zu beseitigen, anstatt bloß an Fördersträuben zu drehen.“

Beate Meinl-Reisinger  
NEOS – Freiheit, Fortschritt, Gerechtigkeit

## Was sind die wichtigsten politischen Maßnahmen, um die Energiewende bis 2040 zu vollbringen?

Ein klarer Rahmen für Genehmigung und Finanzierung muss her, um den Ausbau von Erneuerbaren und Netzen zu beschleunigen. Für den Raumwärmebereich braucht es zu den Förderungen auch einen konkreten und rechtlich verankerten Ausstiegspfad für fossile Energieträger, Gebäudeanierungen sind zu forcieren. Grüngas und Speicher müssen sich dynamisch entwickeln können. Alle Bundesländer müssen endlich ihren Teil der nationalen Energieziele erfüllen, entsprechend ihren jeweiligen Potenzialen.

Um eine leistbare, sichere und klimafreundliche Energieversorgung zu gewährleisten, müssen das heimische Energienetz massiv ausgebaut und die Kapazitäten erhöht werden. Darüber hinaus müssen die Bewilligungsverfahren für den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze beschleunigt werden. Zudem planen wir den Ausbau der Wasserkraft sowie den Fokus auf Kraft-Wärme-Kopplung, effiziente Photovoltaikanlagen und dezentrale Speicher.

Um bis 2040 das ambitionierte, aber notwendige Ziel der Energie- und Ressourcenwende zu erreichen, ist eine klare strategische Ausrichtung notwendig, die einen verbindlichen Rechtsrahmen setzt, mit öffentlichen Mitteln Finanzierungslücken schließt und sicherstellt, dass Kosten und Nutzen fair verteilt werden und letztlich alle von sauberer, leistbarer und sicherer Energie profitieren. Die SPÖ will z.B. einen Klima-Transformationsfonds von 20 Milliarden Euro. Mehr dazu: [www.mit-herz-und-hirn.at](http://www.mit-herz-und-hirn.at)

## 100% Ökostrom bis 2030 – was muss noch geschehen, um dieses Ziel zu erreichen?

Genehmigungsverfahren sind zu beschleunigen, hohe Investitionen in die Netzinfrastruktur sind in Gang zu bringen. Die Länder müssen Flächen ausweisen und sich verbindlich zur Umsetzung eines ausreichenden Beitrages erneuerbarer Energie verpflichten. Es braucht einen Mix aller Technologien: Wasser, Sonne, Wind und Biomasse!

Um das Ziel von 100% Ökostrom bis 2030 zu erreichen, müssen wir das Energienetz verbessern und ausbauen sowie energieunabhängige Haushalte durch den Ausbau von Photovoltaikanlagen und Speichersystemen schaffen. Zusätzlich müssen Energiegemeinschaften zur gemeinsamen Produktion und Nutzung von erneuerbarer Energie gestärkt und Geothermie und Biomasse als zusätzliche Energiequellen genutzt werden.

Mit einer dramatischen Steigerung der Energieeffizienz, der Umsetzung von Beschleunigungsvorgaben der EU und einem raschen Ausbau der Energieerzeugung und -speicher können wir das Ziel noch erreichen.

## Wie schaffen wir den Ausstieg aus Heizöl und Erdgas im Wärmesektor?

In der Raumwärme braucht es einen klar geregelten Ausstiegspfad. Das schafft Planungs- und Investitionssicherheit für alle Beteiligten. Kommunale Wärmepläne sind dabei eine wertvolle Unterstützung, genauso wie zuverlässig bereit gestellte Fördermittel für den Heizungsaustausch, vor allem für sozial schwächere Haushalte. Für Grünes Gas, das vor allem in der Industrie und in Kraftwerken gebraucht wird, braucht es einen tragfähigen wirtschaftlich-rechtlichen Rahmen, um den Markthochlauf zu schaffen.

Der Ausstieg aus Heizöl und Erdgas im Wärmesektor gelingt, wie bereits erwähnt, durch die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien wie Biomasse und Geothermie. Die Gasinfrastruktur muss für die Nutzung von Wasserstoff umgebaut und die Umstellung auf energieeffiziente Heizsysteme wie Wärmepumpen und Fernwärme forciert werden.

Neben der nach wie vor dringlichen Erhöhung der Sanierungsraten sind langfristig absichere Förderinstrumente, gesetzliche Erleichterungen für die Nutzung geothermischer Energie und für den mehrgeschossigen Wohnbau die Verbesserung wehrrechtlicher Rahmenbedingungen notwendig.

## Bei der Mobilitätswende ist noch viel zu tun, wie werden Sie hier vorgehen?

Die Entscheidung in Richtung Elektromobilität für den privaten Pkw-Bereich ist international längst gefallen. Es handelt sich auch um den effizientesten Weg. Flüssige Alternativen braucht es in Nischen wie dem Schwerkverkehr. Die Stärkung von Verbrennungsmotorenbeherrn mit falschen Versprechungen zum grünen Flüssigtreibstoff für Alle müssen aufhören.

Bei der Mobilitätswende setzen wir auf Technologieoffenheit beim „Grünen Verbrenner“ und investieren in alternative Antriebstechnologien. Zusätzlich müssen die öffentlichen Verkehrsmittel und die Straßeninfrastruktur weiter ausgebaut und neue Mobilitätskonzepte wie Mikro-ÖV-Systeme für den ländlichen Raum und die Nutzung privater Anbieter eingeführt werden. Es braucht ein Straßenbauprogramm im Volumen von 20 Milliarden Euro bis 2040, um die Infrastruktur für zukünftige Fahrzeuge zu sichern.

Die SPÖ hat einen Vorschlag für ein Verkehrszielgesetz vorgelegt, das u.a. österreichweite Mindestfrequenzen für den öffentlichen Verkehr, Mindestquoten für den Transport mit der Bahn und den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur vorsieht. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität muss zügiger voranschreiten. Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs spielt eine große Rolle im „Herz und Hirn“-Plan der SPÖ. [www.mit-herz-und-hirn.at](http://www.mit-herz-und-hirn.at)

## Wie können wir den Energieverbrauch reduzieren?

Sanieren von Gebäuden ist ein großer Hebel, den es zu forcieren gilt. Aber auch im Bereich der Wirtschaft, des Stromverbrauchs und in der Mobilität ist Spar- und Effizienzpotenzial auch ohne Komfortverlust gegeben. Information und Bewusstseinsbildung sind hier wichtig. Im Verkehr ist die Umstellung auf Elektromobilität das größte Energie-sparprogramm.

Zur Reduktion des Energieverbrauchs braucht es möglichst energie-unabhängige Haushalte durch den Ausbau von Photovoltaikanlagen und Speichersystemen. Energieeffizienzmaßnahmen in Haushalten und Unternehmen müssen gefördert und die natürliche Kohlenstoffbindung durch aktive Waldbewirtschaftung und den verstärkten Einsatz von Holz in der Bauwirtschaft gestärkt werden.

Die SPÖ tritt für ein wirksames Energieeffizienzgesetz ein, das auch die Energieversorger in die Pflicht nimmt und für eine Weiterentwicklung der Energieversorgung in Richtung Energiedienstleistungen gehen soll. Für Unternehmen sind klare Vorgaben und die Umsetzung sich rechnender Effizienzmaßnahmen notwendig.

## Was sind Ihre konkreten energiepolitischen Zielsetzungen?

Klimaneutralität: Bis 2040  
THG-Emissionen 2030: -48% (ohne ETS) gegenüber 2005  
EE-Anteil 2030 Gesamt: min. 60% (ohne ETS) gegenüber 2005  
EE-Anteil 2030 Strom: min. 100% bilanziell  
EE-Anteil 2030 Wärme: 70%  
EE-Anteil 2030 Verkehr: 33%  
Gebäude: Ausstieg aus Öl bis 2035/Aus Erdgas bis 2040  
Effizienz bis 2030: Endenergieverbrauch von 920PJ  
Grünes Gas bis 2030: 10%

Zu unseren konkreten Zielsetzungen zählen die Sicherstellung der Versorgungssicherheit durch Diversifizierung, der massive Ausbau erneuerbarer Energien und Infrastruktur sowie die Förderung von Energieeffizienz. Wir setzen auf Technologieoffenheit anstatt auf Verbote, unter anderem auch zur Unterstützung der Mobilitätswende. Unser Ziel ist eine nachhaltige, sichere und leistbare Energieversorgung für Österreich.

Die Energieversorgung ist aus Sicht der SPÖ Teil der Daseinsvorsorge und kann nicht der eratischen Logik der Märkte überlassen werden. Leistbare, saubere und sichere Versorgung mit Energie ist einer der Grundpfeiler für die Bewältigung des Alltags und des gesellschaftlichen Wohlstands. Dort, wo in den letzten Jahren obscene Übergewinne entstanden sind, muss die Politik korrigierend eingreifen.

## Was sind die wichtigsten politischen Maßnahmen, um die Energiewende bis 2040 zu vollbringen?

Es ist grundsätzliches Ziel freiheitlicher Politik, alle Maßnahmen zur notwendigen und von uns grundsätzlich befürworteten Weiterführung der Energiewende in einer ausgewogenen Bilanz im Rahmen des Zielzwecks Nachhaltigkeit/Ausbau erneuerbarer Energie zum Ersten, Leisbarkeit/Wirtschaftlichkeit/Energiepreise zum Zweiten und Versorgungssicherheit/Netzstabilität/Netzausbau zum Dritten zu setzen. Die Energiewende setzt voraus, dass die dafür notwendigen Maßnahmen auch von der Bevölkerung mitgetragen werden.

Um die Energiewende bis 2040 hinzubekommen, braucht es viele Maßnahmen. Wir müssen vollständig raus aus den Fossilien und rein in die Erneuerbaren. Wie geht das? Erneuerbare Stromproduktion vorantreiben, moderne Energie-Infrastruktur schaffen und die Stromnetze ausbauen. Mit Leonore Gewessler ist das schon sehr viel gelungen. Gemeinsam haben wir zum Beispiel mehr Sonnenstrom-Anlagen installiert als je zuvor. Das eine Million-Dächer-Programm ist schon zu fast 50 Prozent umgesetzt und liegt damit vor dem Zeitplan.

Mehr Energie drauf verwenden, mehr Energie zu haben. Es müssen endlich die richtigen Rahmenbedingungen durch strukturelle Reformen beschlossen werden, um die Energiewende zu schaffen. Der Fokus liegt auf dem zügigen Netzausbau, um ein dezentrales, intelligentes, erneuerbares Energiesystem zu schaffen. Zudem bedarf es einer signifikanten Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und verbindlicher Ausbaueile für alle Bundesländer. Außerdem sind die Entfesselung des Potenzials von Geothermie sowie Maßnahmen zur Beseitigung des Fachkräftemangels notwendig.

Das Ziel, den gesamten Inlandsverbrauch an Strom bilanziell ab 2030 aus erneuerbaren Quellen zu decken, führt dazu, dass die Netze in rund sechs Jahren zusätzlich mit 27 Terawattstunden Strom aus erneuerbarer Energie belastet werden würden. Von den Verbrauchern zu tragende Investitionen in den Netzausbau im zweistelligen Milliarden-Eurobereich wären dafür in den nächsten Jahren notwendig. Es muss daher Merkmal einer vernünftigen Energiepolitik sein, die sich grundsätzlich widersprechenden Zielen des größtmöglichen Ausbaus von geförderter erneuerbarer Energie und der geringstmöglichen Zusatzbelastung für Endverbraucher ausgewogen zu verhalten.

Das setzt das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz an, mit dem wir die notwendigen Rahmenbedingungen für das 100% Ökostrom-Ziel geschaffen haben. Und die gute Nachricht ist: Wir sind beim Ausbau schneller als geplant. Aktuell sieht es danach aus, als könnten wir unser Ziel sogar vor 2030 erreichen. Der nächste Schritt ist ein Beschleunigungsgesetz für Erneuerbare, das schnellere Verfahren vorsieht. Auch für den Netzausbau haben wir bereits einen umfassenden Plan vorgelegt.

Wir müssen beim Ausbau einer integrierten, intelligenten Netzinfrastruktur und bei Genehmigungsprozessen in die Gänge kommen. Dafür ist der schnellstmögliche Beschluss des neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetzes sowie die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle bei Verfahren für die Genehmigung und Errichtung von Anlagen notwendig. Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung einer effektiven, koordinierten, übersichtlichen Genehmigungsplanung und für verbindliche Ausbaueile für alle Bundesländer ein.

Aus freiheitlicher Sicht ist jedenfalls Wert darauf zu legen, dass ein Umstieg auf Freiwilligkeit beruht. Grundsätzlich sind Förderungen für den Austausch fossiler betriebener Heizungen nicht abzulehnen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang transparente und nachvollziehbare Förderinstrumente. Ein Zuviel an Fördermitteln führt jedoch unter Umständen zu unökonomischen Entscheidungen und Anreizen.

Alte Heizungen können sich warm anziehen. Dank des Erneuerbaren-Wärme-Pakets werden beim Heizungsaustausch bis zu 75% der Kosten übernommen, bei Haushalten mit geringem Einkommen sogar 100%. Da ist schon viel gelungen. Was es noch braucht: Umstellungspfade für fossile Heizungen und Sanierungspläne für unsere Gebäude, faire Fernwärmepreise und Änderungen im Wohnrecht, um thermische Sanierung im mehrgeschossigen Wohnbau zu erleichtern. Wärme aus der Erde ist in Österreich gesetzlich noch schlechter gestellt als das Bohnen nach Öl und Gas. Die Zahlen zeigen aber: Der Umstieg läuft mit hohem Tempo.

NEOS unterstützen die Erweiterung des Emissionshandels auf u.a. den Gebäudesektor ausdrücklich. Dadurch gibt es erhebliche Anreize für den Umstieg. Zudem brauchen wir einen effizienten Förderrahmen und einen rechtlichen Rahmen für Investitions- und Planungssicherheit für MieterInnen und VermieterInnen. Außerdem müssen noch ungezielte Potenziale, etwa bei der Nutzung von industrieller Abwärme oder bei der Geothermie, gehoben werden. In Zukunft müssen sowohl der soziale Wohnbau als auch öffentliche Gebäude bei Heizungsaustausch und thermischer Sanierung vorangehen.

Zwangsverpflichtungen für eine sogenannte „Mobilitätswende“ lehnen wir so wie Einschränkungen im Individualverkehr ab. Unabhängig davon ist ein bedarfsorientierter Ausbau des öffentlichen Verkehrs vor allem im ländlichen Raum notwendig.

Mit Klimaticket, Rekord-Bahn- und Radwegausbau und der Absage der Lobau-Autobahn haben wir die Mobilitätswende eingeleitet. Und das wollen wir mit vollem Tempo fortsetzen: Das gratis Klimaticket für alle, die 18 Jahre alt werden, soll etwa vor allem junge Menschen für öffentlichen Verkehr begeistern. Der ÖtiffRekordausbau hat mit dem Zielnetz 2040 mehr Zugverbindungen denn je. Und auch die E-Mobilität fährt vor. Da ist einiges in Bewegung.

Auch hier braucht es Anreize. Der europäische Emissionshandel und die Abschaffung bzw. ökologische Umgestaltung klimaschädlicher Subventionen sorgen für ein langfristiges Signal für den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität. Für die Mobilitätswende müssen jedoch ausreichend Alternativen zur Verfügung stehen: Wir investieren daher massiv in den Ausbau von Infrastruktur, etwa öffentliche Verkehrsmittel und Fahrradinfrastruktur. Ein Fokus sollte auf den Ausbau grenzüberschreitender, regionaler und schneller Fernbahverbindungen gelegt werden.

Ein großes Einsparungspotenzial liegt unter anderem im Bereich der Raumwärme. In diesem Zusammenhang haben die Sanierungsrate sowie die Dämmung von Gebäuden eine große Bedeutung. Entsprechende Förderungen und Investitionsanreize sind hier auch über die Wohnbauförderung zu setzen.

In allen Sektoren, von Wohnen über Mobilität bis zur Industrie, können wir die Elektrifizierung viel Energie einsparen. Die Technologien dafür gibt es bereits. Jetzt geht es darum, sie in die Breite zu bringen. Es geht dabei um einfache, leistbare Lösungen für die Menschen, die das Bösel und das Klima schützen und nicht darum zu verzweifeln. Dafür braucht es klare gesetzliche Rahmenvorgaben. Auch hier beweisen die letzten Jahre: Das geht. Der Gasverbrauch ist in den vergangenen zwei Jahren um ein Viertel gesunken.

Ein wichtiger Punkt ist Effizienz. Die Überführung der neuen europäischen Energieeffizienzrichtlinie in nationales Recht inkl. dem übergeordneten Prinzip „Energieeffizienz an erster Stelle“ muss in der neuen Legislaturperiode zügig erfolgen. Außerdem sind bei Energieeffizienzlösungen auch die Bundesländer gefragt. Bei der thermischen Sanierung von Gebäuden müssen sowohl der soziale Wohnbau als auch die öffentlichen Gebäude vorangehen und neue Anreize geschaffen werden.

Siehe Frage 1

Unsere Ziele sind klar: 100% Strom aus erneuerbaren Energieträgern bis 2030 und die Klimaneutralität bis 2040. Raus aus den Fossilien, rein in die Erneuerbaren. Dafür braucht es einen schnellen Ausbau erneuerbarer Energien, den Ausbau der Netze für eine moderne Energieinfrastruktur, einen klaren Umstellungsplan für bestehende fossile Heizungen und einen ermöglichenden Rechtsrahmen für die Transformation in allen Sektoren. Die Grundlagen haben wir in den letzten Jahren geschaffen.

Klimaneutralität: Bis 2040  
THG-Emissionen 2030: Min. -48% gegenüber 2005 gemäß der Lastenteilungsverordnung  
EE-Anteil 2030 Gesamt, Wärme, Verkehr sowie Gebäude: Emissionshandel und übergeordnetes Ziel der Klimaneutralität 2040 geben den Rahmen vor  
EE-Anteil 2030 Strom: 100% bilanziell  
Effizienz bis 2030: Max. 920PJ  
Grünes Gas bis 2030: Min. 10 TWh pro Jahr